

Sächsische Volkszeitung

Dienstag, 8. Februar 1921

Gewinnzettel:
Reaktion 21.200 — Geschäftsführer 15.018
Postcheckkonto: Dresden Nr. 14797

Wegpreis: Einzelblatt 10 Pfennig ab 1. Mai 1920 mit illustriertem Ullage 12.75 M., Blattablage 11.25 M.
einfachliche Postablage 10 Pfennig

Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden nach. — Sprechstunde der Reaktion: 11 bis 12 Uhr nachm.

Mitteilungen: Annahme von Geschäftsangelegenheiten bis 10 Uhr, von Familienangelegenheiten bis 11 Uhr nachm. — Preis für die Zeit-Spalte 1.40 M., im Tellermittel 0.50 M., Familienangelegenheiten 1.30 M. — Mit unbedeutlich geschriebene, sowie durch Komplizen aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

„Deutschnationalen und Rathpoliten in Sachsen“

In Nr. 284 vom Freitag den 10. Dezember 1920 hat die „Sächsische Volkszeitung“ einen Artikel zu den Chemnitzer Stadtvorordnetenwahlen veröffentlicht, in dem auf eine Versammlung der Deutschnationalen vor den Landtagswahlen Bezug genommen war. In dem Artikel der „Sächsischen Volkszeitung“ hieß es darüber:

Der Spurenlandkandidat Justizrat Dr. Beutler antwortete einem Debattepartner der Zentrumspartei in einer seiner Versammlungen auf die Frage, was denn die Deutschnationalen für die doch allgemein christliche Sache im Plauener Schulkampf getan hätten, mit den bezeichnenden Worten: „Was geht uns der katholische Schulkampf in Plauen an!“ Dass die Zentrumspartei eine besondere Kandidat aufgestellt hatte, bezeichnete er nach allgemeinem deutschnationalen Kusser natürlich als ausgeschlossen. Knüpft daran aber noch die Bemerkung: „Das fehlt noch, dass sich in unserem protestantischen Sachsen das Zentrum einnistet.“

Dieser Artikel ist wie gesagt am Freitag den 10. Dezember 1920 in der „Sächsischen Volkszeitung“ erschienen. Am Mittwoch den 26. Januar 1921 veröffentlichte die „Bautzner Zeitung“ (Nr. 21) eine Erklärung des Herrn Justizrat Dr. Beutler, dass er nach dem Wahlausgang, den das Zentrum bei der Stadtvorordnetenwahl in Sachsen erlitten hatte, eine Zentrumsliste für aussichtslos, außerdem aber als der Sache der bürgerlichen Partien direkt schädlich betrachtete. Was den Plauener Schulstreit anlangt, so erklärt jetzt Herr Dr. Beutler, er hätte darauf erwidert:

„Er wisse über die Angelegenheit nur, was die Tageszeitungen gebracht hätten. Davor sei es selbstverständlich, dass er sich auf Grund lediglich dieser Nachrichten nicht möglichst zum Schulstreit auslassen könne; auch glaube er, dass sich die Versammlung in Chemnitz, einer Stadt mit bürgerlicher Mehrheit, für die Plauener Angelegenheit nur wenig interessieren würde, da in Chemnitz die Gefahr einer Vergrößerung in Auswüchsen durch eine sozialistische Mehrheit nicht bestände.“

Über die Bemerkung: „Das fehlt noch, dass sich in unserem protestantischen Sachsen das Zentrum einnistet“, äußert sich Herr Justizrat Dr. Beutler in der „Bautzner Zeitung“ nicht. Wir haben nun zu der Sache folgendes zu bemerken: Der Zentralvorstand der Zentrumspartei in der Chemnitzer Wahlversammlung ist Herr A. Andreejewski in Chemnitz. Wie haben ihm die „Bautzner Zeitung“ vom 26. Januar zufolgen lassen und er schreibt uns nun unter dem 2. Februar folgendes:

„In seiner Wahlrede beschäftigte sich Herr Justizrat Dr. Beutler mit allen Partien von der Deutschen Volkspartei bis zu den Kommunisten. Als letzte kam das Zentrum an die Reihe. Von der Zentrumspartei, die er Erzbergerpartei nannte, sagte Herr Dr. Beutler wörtlich: Auch die Zentrumspartei hat in Sachsen eine eigene Liste aufgestellt, trotzdem sie ganz genau weiß, dass sie keinen Kandidaten durchsetzen; damit will sie zur Sozialdemokratie.“ Für Herrn Justizrat Dr. Beutler und seine Anhänger möchte die Sache damit abgelenkt sein. Abgesehen davon war sie aber nicht für die Zentrumspartei, die an der Versammlung teilnahmen. Denn gerade diese Charakterisierung der Zentrumspartei zwang mich zur Beleidigung. In ehrlicher und sachlicher Weise legte ich die Ziele der Christlichen Volkspartei dar, und sprach aus von dem Recht, eine eigene Liste aufzustellen. Meine Ausführungen waren von großem Lärm begleitet. Der Versammlungsleiter, Herr Direktor Burger, tat nichts, um mir Aufsicht zu verschaffen. Als ich die Wogen der Erregung etwas geplättet hatte, kam ich auch auf den Plauener Schulstreit zu sprechen und stellte die Frage: Wo ist die Partei des Herrn Beutler geblieben, als die Plauener Eltern um die heiligen Kulturgüter kämpften? Da rief mir Herr Justizrat Dr. Beutler zu: „Was geht uns der Plauener Schulstreit an?“ Von Herrn Direktor Burger wurde mir augerufen, ich sollte zur Sache sprechen, meine Ausführungen gehörten nicht hierher. Da erneuter großer Lärm eintrat, konnte ich nicht weiter sprechen und musste ablecken. Nach mir sprachen noch zwei Herren im Sinne des Herrn Justizrat Beutler.

Im seinem Schlusswort stellte aus dem Munde des Herrn Justizrat Beutler die Worte: „Es fehlt noch, dass sich in unserem protestantischen Sachsen auch das Zentrum einnistet würde.“ Nach einem Vierteljahr kommt nun Herr Justizrat Dr. Beutler und verklagt in der Provinzprese: „Der Vorwurf des Abgeordneten Hesselein (Abgeordneter Hesselein hat nämlich im Anhören auf die Ausführungen der „Sächsischen Volkszeitung“ in einem Artikel in der „Münchener Volkszeitung“ auf die Neuverherrungen Dr. Beutlers hingewiesen. Die Schriftleitung) fällt ebenso in sich zusammen, wie die aus ihm gezogenen Schlussfolgerungen“. Man ist versucht zu fragen, warum Herr Justizrat Dr. Beutler erst am 26. Januar in einem Bautzner Blatte auf die Angelegenheit zurückkommt, nachdem ihm der Artikel der „Sächsischen Volkszeitung“ vom 10. Dezember 1920 zur Chemnitzer Stadtvorordnetenwahl zugänglich gemacht worden war. Ich habe in einer Chemnitzer Zeitung eine Erörterung darauf gelesen. Das wäre meiner Ansicht nach auch etwas gewagt, da schließlich doch es noch Leute geben würden, die die Vorgänge in der Chemnitzer Versammlung noch sehr gut in Erinnerung haben.“

Wie steht es mit der Steuerhohen Erzberger?

Was Berlin wird uns geschieben:

Ein volles Jahr scheinbar nun die Steuerhohen Erzberger! Ein volles Jahr hat ein Wahllokal, bis dahin in deutschen Landen noch nicht erlebter Kampf gegen einen Mann geführt, der aus politischen Gründen verurteilt werden soll. Man wird später einmal, wenn die Methoden und Praktiken dieses Kampfes beleuchtet werden können, so etwas wie Erfahrungen darüber empfinden, wie man einen politischen Gegner mit allen nur irgend denkbaren und rostiniert erledigten Mitteln vernichtet. Und dazu gehören insbesondere die Steuerhohen Erzbergers. So ist nicht möglich, noch länger in der Auseinandersetzung zu verharren, die wir bisher, wie man uns allenfalls zugeschrieben mag, übten. Wir haben diese wahnwitzige Hebe gegen Erzberger gerade wegen dieses Punktes nicht aufzuhören müssen, und wie haben gesehen, wie die Situation auf diesem Gebiete die Deutschnationalen ein gutes Stück ihres Wahlkampfes bestimmt. Wir haben uns zuweichen, um nicht vorzeitigen Sieg zu ziehen zu werden. Demgegenüber befindet man einmal die Sichtung der Deutschnationalen im Auge ihres Abgeordneten von den Reichsräten. Da suchten sie den Reichsfinanzminister förmlich zu einer „Gesetzesklärung“ zu rufen, obwohl sie eigentlich andere Dinge befürchtet wurden. Da wurde mit einem Male irgend eine Finanzamtsherrschaft als ein Evangelium betrachtet, an dem es kein Deutzen und kein Zweifeln gäbe. Zeit aber hört unsere Auseinandersetzung auf, und wie müssen die ganz entschiedene Frage stellen: Wie steht es mit der Steuerhohen Erzberger? Wer begrüßt: Wo bleibt die schon längst verholtene Abstürzung? Wer begrüßt: Wo ist aus dem Zentrumspartei des Reichstages heraus durch den Abgeordneten Andrei eine diebezügliche Droge auch an die Reichsregierung gerichtet worden?

Wir möchten in diesem Rahmen einmal zeigen, unter welchen Druck, den ein anderer Steuerhoch kann ausgehalten hätte, Erzberger in dieser Sache gestellt worden war. Man höre, welche Fragen man ihm unter dem 25. November 1920, kurz nachdem die Auszüge aus den gestohlenen Generalen in der deutschnationalen Presse erschienen waren, vorlegte. Sie lauteten:

1. Gewinnzettelnde Beschaffung: a) Seit wann sind Sie Mitglied des Aufsichtsrates bei Thünen? Welche Bezüge haben Sie einzelne, welche laufend bekommen? Zu welchem Zeitpunkt hat die Auszahlung stattgefunden? Für welche Zeit? Für welche Zeit war Ihnen die Vergütung angefangen worden? — b) In welcher Zeit waren Sie Aufsichtsratsmitglied bei Borsig? Welche bevorstehenden und einzelnen Auswendungen haben Sie erhalten? Für welche Zeit sind die Auswendungen erfolgt? Und wann sind die Zahlungen geleistet worden? — c) Sind Sie in der Zeit von 1910 bis jetzt (also für einen Zeitraum von zehn Jahren!) D. R. noch bei anderen Gesellschaften oder Unternehmungen als Aufsichtsrat, Stiftung, oder in anderer Eigenschaft tätig gewesen? Und zu welchem Zeitpunkt? — d) Wann sind Sie als Schriftsteller tätig geworden? In welchen Angelegenheiten? Welche Vergütung haben Sie erhalten? Und wann? Welche Auslagen haben Sie bei der schiedsrichterlichen Tätigkeit gehabt? — e) Welche Einnahmen aus schriftstellerischer Tätigkeit haben Sie in den Jahren 1912/1918 bezogen?

2. Kapitalvermögen: a) Seit wann befinden Sie oder Ihre Ehefrau Vermögen? — b) Welche Aktien, Anteile oder sonstige Beteiligungen haben Sie am 1. Januar 1914, 1915, 1916, 1917, 1918 und 1919 besessen? Welche Sie diese Werte noch? Welche davon sind in liquiden abgesetzten? Wenn und für welche Gründe? Welche Einnahmen haben Sie aus diesen Aktien und Beteiligungen gemacht? Wann hat die Beteiligung an Sie ausgetragen worden? — c) Welche öffentlichen Ämter haben Sie bei Abgabe der Steuererklärung Anfang des Jahres 1911, 1912, 1913, 1914, 1915, 1916, 1917, 1918 und 1919 besessen? Die Dienstzeit und Dienststätte vom 31. Dezember 1913, 1914, 1915, 1916, 1917, 1918 werden einzutragen sein. — d) Welche Rentenhaben und welche Pauschalbeträge befinden sich in 1914 und welche anderen Schubzen? Höhe der Schuldentzüge und Namen der Gläubiger! — e) Welche Werte und Gutsachen befinden sich auf Ihren, Ihrer Ehefrau oder Ihrer Tochter Namen zu Jüter, Ihrer Ehefrau oder Ihrer Tochter Verfügung im Auslande? Welche Werte oder Vermögen hierzu sind Ihnen jemals nicht anzureden? Konnen Sie hierfür Belege erbringen? — f) Haben Sie ein anzunehmendes Vermögen im Auslande unter fremden Namen depositiert, abgesehen von etwaigen unter e) fallenden Vermögen?

Man wird schon zugeben müssen, dass das eine Prüfung auf Herz und Nieren ist! Man wird andererseits sagen müssen, dass es noch keinen Deutzen gegeben hat, der in bezug auf sein Steuerhohen Gewissen so peinlich und für ein ganzes Jahrzehnt anstrengend erscheint worden ist! Nun war es noch günstig für Erzberger, dass er als fürsorglicher Mann seine Steuerzettel durch all die Jahre hindurch aufzuhaben hat und dadurch in der Regel war, tatsächlich alle Fragen in bezug auf seine Steuerzettel zu beantworten. Außerdem vermied Erzberger alles erforderliche Material, alle Aufzeichnungen, Bankausweise usw. zur Verfügung zu stellen. Hätte Erzberger dieses Material nicht mehr, oder auch nur zum Teil besessen, so wären viele einzelne Verständigungen schwer, die dann von der Gegenpartei ausgeschlossen würden! Das Finanzamt ließ sich dann weiter noch abschrecken aller Bankkonten an Erzberger geben, auch in allen Fällen, in denen Erzberger nicht Deutscher und Vermalter war. All dieses gewollte Material wurde eingehend von den zuständigen Stellen geprüft!

Aber damit noch nicht genug! Am 28. Februar wurden noch 17 Ergänzungsfragen an Erzberger gestellt, die sich auf die Bankausweise gründeten. Auch die Antworten hierfür wurden samt und sonder gegeben und eingehend geprüft. Wie eingehend diese Prüfung war und wie jeder einzelne Punkt durch-

forscht worden ist, ergibt sich u. a. daraus, dass selbst Buchungsfehler, die bis dahin noch gar nicht bemerkt worden waren, und die sich zugunsten Erzbergers gestalteten, aufgedeckt wurden.

Nachdem nun diese Prüfung vollzogen war, wurde am 24. März 1920 Erzberger als Rekurrenz mitgeteilt, dass sein Wahlzettel zum Einschreiten verliege, und dass auch keine Nachsteuer zu erheben sei. Während der Bescheid in seinem ersten Teile damals der Offenheitlichkeit bekannt geworden ist, war das von dem letzten Teile bislang nicht der Fall. Die Auseinandersetzung in diesem Punkte kann man aber nunmehr ebenfalls aufzeigen. Aus dem Urteil, dass kein Steuer zu erheben sei, ergibt sich, dass die Prüfung zugunsten Erzbergers verlaufen war. Auch der Reichstag war von diesem Ergebnis unterrichtet worden.

Nun ist festzuhalten, dass Erzberger seit dem 24. März 1920 bis zum heutigen Tage noch jede weitere Mitteilung über den Stand und den Stand der Sache gehalten hat. Die beiden blieben ähnlich im preußischen Finanzministerium liegen bis zum Oktober 1920. Da setzte aus Anlass der Wiederaufnahme der politischen Tätigkeit Erzbergers die neue Denomination in der deutschnationalen Presse ein. Unter dem Deckmantel dieser neuen Bezeichnung hat das Finanzamt die ganzen Akten nochmals schärfer durchgeprüft. Es blieb aber bei seinem Urteil unverändert. Auch der Präsident des Landesfinanzamtes schloss sich diesem Urteil an. Nun ließ aber das preußische Finanzministerium die Akten wieder sechs Wochen liegen. Trotzdem sich keine neuen Tatsachen ergaben hatten, wurde aber erklärt, dass „aus politischen Gründen“ das Material zur energetischen Feststellung des Taxebandes an die Staatsanwaltschaft gegeben werden sei. Diese Verteilung bedeutet in der Tat einen gewissen Hinterhalt in der ganzen Sache. Nach einem vollen Jahre schärfster Untersuchung, bei der sich in mehreren Instanzen erzeigt, dass nichts vorliegt, dass kein Anlass zum Einschreiten gegeben, und dass keine Nachsteuer zu erheben ist, wird dann „aus politischen Gründen“, also um der gewählten Presse keine Nachzüge, die Staatsanwaltschaft mit dem Taxeband beschaffen zu lassen, und der Taxeband wird nun aber wiederum jedes Wieder versteckt, und Erzberger ist immer noch ohne jegliche Aufzage, ohne jeglichen Bescheid und ohne jede formelle gesetzliche Mitteilung.

Das volles Jahr nun geht also diese Verzögerung, unter der manch ehrbarer Ideen längst ausgenutzt worden waren. Erzberger hat nie von ihm gewöhnlichen Auskünften gegeben, er hat oldes Material in Vorlage gebracht. Die Untersuchungsbehörde liegen auch zugunsten Erzbergers vor. Aber die Absicht des Staates wird „aus politischen Gründen“ verdrängt. Darum erwarten wir nunmehr eine klare Entlastungssatzung des Reichsregierung zu diesem untreuen Dokt, und wie fordern, dass mit der größten Geschwindigkeit der wichtige Taxeband, sofern sie es gibt, freigesetzt wird.

Christliche Waffenbrüderschaft

Unter dieser Überschrift berichtet das „Provinzialisch Volksblatt für Stadt und Land“ (1921 Nr. 4) über die am Sonntag den 30. Januar im Vereinshaus Volkshalle Clemensbergsdorf der acht katholischen Volkschulen Dresden. Das Blatt berichtet folgendes:

„Christliche Waffenbrüderschaft ist zweimal mit der Beleidigung der christlichen Zunft hinzugeworfen worden. Erzberger hat nie von ihm gewöhnlichen Auskünften gegeben, er hat oldes Material in Vorlage gebracht. Die Untersuchungsbehörde liegen auch zugunsten Erzbergers vor. Aber die Absicht des Staates wird „aus politischen Gründen“ verdrängt. Darum erwarten wir nunmehr eine klare Entlastungssatzung des Reichsregierung zu diesem untreuen Dokt, und wie fordern, dass mit der größten Geschwindigkeit der wichtige Taxeband, sofern sie es gibt, freigesetzt wird.“

Beobachter eindeutig waren die Erklärungen, die Clerksch, Hofmann, der selbst eine fünfjährige Zunft leitete, und deren Praxis mitteilen konnten. Zwei über Zehn werden dem Clerksch hier angelegt! Radikalchristlich betonte er die Zunft als Parlementarier, dass das Zentrum lieber auf alle Ministerposten, auf den Reichsangestelltenposten usw. verzichten, als dass es beim kommenden Reichstag in Amts- und Bautznen die gleiche der christlichen Eltern verleiht.

Das Blatt bringt hieraus die einzügig angenommene Entschließung zum Abschluss und knüpft daran folgende Entwicklung an:

„Wie freuen und aufrichtig dieses ehemaligen Vorsetzen, dass zwischen überzeugten katholischen und evangelisch-katholischen Christen in dem jetzigen Schulamtsamt ehrliche Waffenbrüderchaft möglich ist, die nicht ohne entsprechende Rende für beide Teile bleibt und die auch nur den kontinuierlichen Frieden in unserem Vaterlande dienen kann. Ganz fällt mir immer wieder aus solchen schaften Versammlungen schwer aus der Herz; auch die Vertreter der Katholiken sprechen jetzt bereits öffentlich mit einer gewissen Betonung von „orthodoxen Protestant“ oder von „alabundigen Evangelischen“. Das ganze Elend unserer Vaterlandes offenbart sich darin. Denn was ist bei uns solche Gemeinde der christlichen Eltern verleiht.“

Wie dürfen offen darüber sprechen, ja, wie müssen es tun, wenn wir nicht schäflich in unserem Komplexe unterliegen oder überrunnelt werden wollen. Die Erfahrungen auf der Reichskonferenz haben es jedem, der überhaupt will, gezeigt, dass die künftige Einheitsfront neuerlicher Bündnisse, die eine Volksfeind um jeden Preis wollen,

Die Not Österreichs

Wien, 7. Februar. Heute vormittag hat im Bundeskanzleramt unter dem Vorsteher des Präsidenten Dr. Beck und im Beisein des Bundeskanzlers Dr. Raut die Konstituierende Sitzung der Reparationskommission stattgefunden. Der Bundeskanzler, der die Mitglieder der Kommission begrüßte, fügte aus: Seiner Überzeugung nach werde die Arbeit der Kommission den ersten Schritt zur Wiederaufstellung der österreichischen Staatswirtschaft im Sinne der Selbsthilfe bedeuten. Ihre oberster Zweck sei Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben im Haushalt. Die erste Aufgabe der Kommission sei eine allgemeine Verwaltungskommission, um besonders die Durchführung von Reparationen im Staatshaushalt und in den einzelnen Ministerien; auch die Frage des Raumabbaus werde zu behandeln sein. Die zweite Gruppe werde die Reform der staatlichen Betriebe sein. Als dritte Gruppe müsse die Lösung des Währungsproblems ins Auge gefasst werden, das unbedingt fremder Hilfe bedürfe. Der Bundeskanzler versicherte, dass die Regierung an dem als notwendig Erachteten züglich weiterarbeiten werde. Präsident Dr. Beck führte u. a. aus: Die Kommission wird sich einnehmend mit dem Saint-Germainer Vertrag befassen, um die Summe des Österreich aufzuerlegenden Verpflichtungen festzustellen, die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit aufzuzeigen und so der Regierung einen völlig objektiven Ausgangspunkt für die Verhandlungen mit der Reparationskommission zu geben. Auch die einzelnen durch den Saint-Germainer Vertrag geschaffenen oder auf ihn zurückzuführenden Einrichtungen und ihre wirtschaftlichen Folgen wird die Kommission in Betracht zu ziehen haben, worunter ich insbesondere die verschiedenen Kommissionen und die Wehrmacht Österreichs herocheben möchte. Außerdem ohne Ausnahme muss gearbeitet und sorgen. Wenn auf diese Weise Österreich selbst Hand ans Werk zu setzen hofft legt, so wird das der verstärkte Appell an das Gewissen derjenigen sein, die moralisch und völkerrechtlich verpflichtet sind, aber auch ein eigenes Interesse daran haben, mitzuwirken, dass das Volk Österreich als Kulturrelement der Welternbungenschaft erhalten bleibt. Darum begrüßte der Präsident die Aussicht auf Entwicklung von Vertretern der Reparationskommission im Schole der Reparationskommission.

Tschihscherin an Curzon

London, 7. Februar. "Daily Herald" bringt unter der Überschrift: "Rusland zur Unterzeichnung bereit" einen Bericht seines Moskauer Vertreters über die von Tschihscherin bereit an Curzon erzielte Antwort der russischen Regierung über den Entwurf zum russisch-englischen Handelskonsens. Danach ist Russland zur Unterzeichnung des Abkommen bereit unter gewissen Bedingungen. Beide Parteien kommen überein, die Unabhängigkeit und Integrität Persiens, Afghanistan und des Gebietes der türkischen Nationalisten zu achten. Außerdem soll England es untersagen, in den obengenannten Ländern ebenso wie in den Ländern, die einen Teil des früheren russischen Reiches bildeten und jetzt unabhängige Staaten geworden sind, irgendeine feindliche Polizeibehörde gegen Russland zu unterhalten und sich in die Russischen Staatenlands zu anderen Ländern einzumischen. An der Note wird dem Russischen Ausdruck gegeben, eine wirksame Grundlage für die freundschaftlichen Beziehungen zu schaffen und den Frieden im Osten zu stande zu bringen. Die Note legt die Entsendung russischer Truppen nach Kleinasien und die Errichtung einer Revolution in Buchara.

Paris, 7. Februar. Hier eingetroffene Nachrichten bestätigen die Meinung zwischen Lenin und Trotsky bezüglich der Verträge mit England. Lenin sei ein Anhänger, Trotsky ein Gegner der Unterzeichnung des Vertrages. Der Sonnensohn sei endlich aus dem Gebiete der Beziehungen zu den Gewerkschaftsbünden.

Die Bedingungen des Konsens

Paris, 7. Februar. Nach einer "Tempo"-Meldung aus Konstantinopel sind die Bedingungen, die Mustapha Kemal-Pascha hinsichtlich der Londoner Konferenz in Konstantinopel stellen will, folgende: Der Sultan erkennt die Regierung von Ankara als die einzige idäische Regierung an und wird in Konstantinopel verbleiben. Das Konstantinopeler Kabinett wird von einem besonderen Ausschuss, der von Ankara ausgesetzt wird, ernannt. Ankara garantiert die Avenien des Sultans und der Kaiserlichen Familie, sowie die Gehälter der Beamten. Diese Bedingungen seien vom Sultan und von der Meisterschaft Konstantinopels für unannehmbar gehalten worden. Nach einer Menter-Meldung aus Konstantinopel sandte die Ankara Regierung eine Abordnung zu der Londoner Konferenz. Sie beansprucht für sich das Recht, die Türkei auf der Konferenz zu vertreten.

Abschaffung Kopos

Wien, 8. Februar. Der bisherige Vertreter Russlands Ritter Korn wurde endgültig abberufen. Er wird durch einen Bruder Strauss ersetzt werden.

Kunst und Wissenschaft

Dresden, 8. Februar. Centraltheater. Zum Male: "Die Strohfliege". Operette von August Melkhardt, Musik von Leo Blech. Ost schon haben Musikkritiker dieser Operette keine gute Meinung. Blech fliegt ins Land der leichtgeschätzten Muße unternommen. Man erinnert sich vielleicht an unseres Landsmanns den berühmten Münchner Generalmusikdirektor Max Rüttner, der mit seiner Operette "Fasinetli" einen großen Erfolg hatte. Aber der ausserauschneidende Berliner Generalmusikdirektor Leo Blech, den man die entzückenden Opern "Perle" und "Alberoni und Menschenfeind" verdankt, tut weit mehr als sein vorempfahlt. Er findet einen neuen Stil für die Operette, er beweist allen Freunden dieses Genres, dass die Operette vollendet ist, aber nicht etwa ein Präludium ist, nicht einmal eine Anleitung an die Oper, die Neuorientierung" sonst vielleicht lediglich für einen neuen Stil. Der Erfolg war gestern groß. Das sei gleich hier gelangt und trocken: es ist nicht ein einziges Tanzduett darin mit den heutigen Bläserveranstaltungen. Es ist ja möglich, dass denjenigen die neue Operette nicht gefallen wird, die es gewohnt sind, von Montag bis Sonntag den Tanzboden aufzutun. Wüschen aber dafür jene Freunde - ihre Zahl ist groß! - die "Strohfliege" anführen die die heutigen Operetten nicht mehr ausstellen könnten. In dieser Einstellung ist Blechs Werk erstmals eine funktionstüchtige Mußstück. Und der Werke an die Operette als Kunstform ist wieder bestanden worden. Am Freitag nahm sich Blech den erfahreichen "Schwarzbaldmödel", Operettisten Weißbart, der auch diesmal ein ganz reizvolles Stück ersann. Die Worte von einem mit gelegentlichem Cäcilienmahl beladenen Mußstück, das den Erinnerungen in Arrest setzt, allen indischen Dingen mit Händen trockt und dem zum Schluss eine helle Rose gesellt wird. Bleibkrotz spielt ihr zum allgemeinen Geröll. Am Dienstag steht an den Proben Karl Riese erinnernden Minstrel hat das Centraltheater eine Grundrente. Niemals ist Albrecht blinder Posenreiter, immer vornehmer Choralliteratur. Friedel Dann singt sehr hübsch und ist vielgestaltig, die anderen Darsteller Grete Künzler, Marla, Behold, Wörzige,

Eigener Drucksbericht der "Sächs. Volkszeitung"

Wien, 8. Februar. Dem früheren Minister des Innern Österreich-Ungarns, Tzernin, wurde der österreichische Gesandtschaftsposten angeboten. Tzernin hat sich Bedenken erhoben.

Eine Mahnung Kardinal Bertrams

Breslau, 7. Februar. Der Kardinal Bischof Bertram ermahnt die katholischen Wähler ein Mahnwort, wonach er sie auffordert, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und vor allem den Männern zu folgen, die durch die Tat bewiesen hätten, dass sie es ehrlich mit Kirche und Schule, mit der Heiligkeit von Ehe und Familie und mit dem friedlichen Aufbau der wirtschaftlichen und staatlichen Ordnung meinten.

Sitzung des Reichskabinetts

Berlin, 7. Februar. Heute vormittag fand eine Sitzung des Reichskabinetts statt, die nachmittags fortgesetzt wurde. Gegenstand der Beratungen war die Entente-Einladung zur Londoner Konferenz.

Paris, 7. Februar. Hovey berichtet aus London: Reuter meldet, dass die Alliierten eine förmliche Einladung an die deutsche Regierung ergehen lassen werden, in der sie dieselben erläutern. Vertreter nach London an der Konferenz zu erscheinen, auf der die Reparationsfrage verhandelt werden soll. Der Zeitpunkt für die Konferenz ist nunmehr auf den 1. März festgelegt.

Die zweite Reichsversenbahnskonferenz

Würzburg, 8. Februar. Wellerin fand in Würzburg die zweite Besprechung der Reichsversenbahnskonferenz unter Leitung des Reichsversenbahnsministers Grüner, der die Tagung mit einer Ansprache eröffnete, statt. Es wurden nicht nur die Maßnahmen zur Wiederherstellung der gegenwärtigen erspannten Betriebslage festgestellt, sondern auch allgemeine Richtlinien zur Steigerung der Betriebsleistungen, auch wurde die Notwendigkeit der planmäßigen Personalausbildung, die bessere Verwendung des zum Betriebspersonal, die Pfeilerung unnötigen Personal- und Lokomotivwechsels, sowie die Einschränkung der Planleistungen hervorgehoben, um eine wesentliche Betriebssteigerung zu erreichen.

Einreichung von Vorschlagslisten für die Beisitzerwahlen des Kaufmannsgerichtes Dresden

Hierzu macht der Rat an Dresden folgendes Bekannt: Nach der Verordnung der Reichsregierung vom 28. Oktober 1920 hält die Wahlbörse der bisherigen Beisitzer für das Kaufmannsgericht der Stadt Dresden am 31. März 1921 ab. Es sind auf die Dauer von fünf Jahren 80 Beisitzer und 20 Beisitzerinnen, die je zur Hälfte Kaufleute, welche mindestens einen Handlungsbüroherrn oder Lebhaber regelmäßig das Amt durch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen, und zur Hälfte Handlungsbüroherrn sein müssen, neu zu wählen.

Den Kaufleuten stehen gleich die Mitglieder des Gremiums einer Aktiengesellschaft oder eingetragenen Genossenschaft oder einer als Kaufmann geltenden juristischen Person, wie die Geschäftsführer einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Zur Teilnahme an den Wahlen sind männliche und weibliche Personen berechtigt, die das 20. Lebensjahr vollendet und in dem Bezirk des Kaufmannsgerichtes ihre Handelsniederlassung haben oder beschäftigt sind, mit Auschluss von 1. Ausländern, 2. Personen, welche die Hälfte zur Verteilung öffentlicher Renten infolge strafrechtlicher Verfehlung verloren haben, 3. Personen, denen die das Kaufmannsgericht wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Anerkennung der Ehrenwürde abschafft, oder der Hälfte zur Verteilung öffentlicher Renten zur Folge haben kann, 4. Personen, die infolge gerichtlicher Anerkennung in letzter Verfügung über ihr Vermögen befindet sind, 5. Personen, deren Haftbarkeit verdeckt ist, 6. Personen, denen die Betrag von 5000 M. übersteigt, und die in den Apotheken beschäftigten Geblüte und Lehrlinge, da sie dem Kaufmannsgericht nicht unterstellt sind.

Wählbar als Beisitzer sind alle vom Wahlrecht nicht ausgeschlossenen männlichen Personen, die das 20. Lebensjahr erfüllt und im Bezirk des Kaufmannsgerichtes ihre Handelsniederlassung haben oder beschäftigt sind.

Die Beisitzer aus der Klasse der Kaufleute sind von den wahlberechtigten Kaufleuten, die Beisitzer aus der Klasse der Handlungsbüroherrn dagegen von den wahlberechtigten Handlungsbüroherrn zu wählen.

Die Wahl der Beisitzer findet nach den Grundsätzen der Verhältnismöglichkeit statt daran, dass die Stimmenabgabe auf gebundene Listen beschränkt ist.

An diesem Zwecke sind von den wahlberechtigten Kaufleuten und Handlungsbüroherrn Vorschlagslisten einzureichen, welche die zu wählenden je 40 männlichen Beisitzer und 10 Frauenschreiber unter Angabe von Vor- und Zusammennamen, Stand und Wohnung enthalten müssen.

Beisitzer und Frauenschreiber sind getrennt aufzuführen.

Bei Vorschlagslisten, welche die erforderliche Anzahl von Personen enthalten, auf denen aber Beisitzer und Frauenschreiber nicht getrennt aufgeführt sind, werden die erstaufgeführten 40 Namen als für die Beisitzer, die folgenden 10 Namen als für die Frauenschreiber bestimmt, angesehen. Die Vorschlagslisten sind bedenken der Unterschrift von 50 Wahlberechtigten, die nach Vor- und Zusammennamen, Stand und Wohnung zu bezeichnen sind. Personen, die mehr als eine Liste unterzeichnen, werden hierbei nicht mitgezählt.

Die Einreichung der Vorschlagslisten hat bei ungewöhnlichem Wahl- und Wissensstand (Landhausstraße 17, Erdgeschoss) zu erfolgen. Bleibt wird eine Frist bis mit einschließlich dem 16. Februar 1921 festgesetzt. Nach Ablauf dieser Frist eingehende Vorschlagslisten bleiben unberücksichtigt.

Aus dem sächsischen Landtag

Die Sozialdemokratische Fraktion hat folgenden Antrag beim Landtag eingereicht: Der Landtag wolle beschließen: die Staatsregierung zu erlauben, bei der Reichsregierung darin zu wirken, den durch das Streikverbot für Arbeiter und Angestellte in lebenswichtigen Betrieben geschaffenen Ausnahmestand baldigst zu beenden.

Die Unabhängige sozialdemokratische Fraktion stellt folgende Anfrage: Von Reichs- in eine bedeutende Erhöhung der Eisenbahnfairepreise und besonders eine Besteuerung des Vorsortenverkehrs angekündigt. Ihr Sachsen bedeutet das eine starke Belastung der Arbeiter und Angestellten, die zu einem großen Teil auf die Nutzung der Eisenbahn angewiesen sind, um zu ihrer Arbeitsstätte zu gelangen. Was bedeutet die Regierung zu tun, um die Arbeitsstätte der Eisenbahn abzumoderieren oder zu mildern?

Nachrichten aus Sachsen**Der Elbe-Ober-Sanal**

Stadtbaurat Dr. Ing. Blaumann aus Guben hielt in Dresden im Sächsischen Ingenieur- und Architektenverein einen Vortrag über den geplanten Elbe-Ober-Sanal. Bei der Sitzung waren u. a. auch verschiedene Mitglieder der in Dresden zurzeit tätigen Kanalbaukommissionen erschienen. Als wesentlichste Vorträge bezeichnete Dr. Blaumann die folgenden: 1. Verkürzung des Wasserweges Dresden-Berlin um 100 Kilometer, 2. Einbeziehung des Niederlausitzer Braunkohlengebiets in den Wasserweg, Verschiffung der Braunkohle vor allem in der Richtung a) nach der oberen Elbe, Dresden, Schleusenkreis Wasserweg, b) nach Berlin, c) in das Gebiet der unteren Elbe, Stettin, d) in das Warthe-Rehe-Wiechelsee-Gebiet, 3. Verkürzung und Verbesserung des Wasserweges zum nächsten Hafen für das Elbe, der oberen Elbe, Dresden-Stettin 300 Kilometer genen Dresden-Hamburg 600 Kilometer, 4. Eröffnung eines Wasserweges von der oberen Elbe nach Nordosten, Gebiet der Warthe-Wiechelsee, Austausch des Industrieraums von Sachsen und Thüringen mit den landwirtschaftlichen Erzeugnissen des Westens, 5. Herstellung eines Wasserweges von Sachsen nach Schlesien und Fürstenberg an der Oder, später durch Neusalza-Wiechelsee-Erlau-Kreis um 90 Kilometer verlängert. Dabei muss noch hervorgehoben werden, dass der neue Kanal im Gegensatz zur freien Elbe bis für 1000 Tonnenfrachter befahrbare ist. Die technischen Schwierkeiten und damit die Baukosten sind nicht entfernt so groß wie bei den süddeutschen Wasserstraßen. Dabei überträgt der Elbe-Ober-Sanal die südlichen Kanäle auf wasserwirtschaftliche Bedeutung erheblich dadurch, dass er höchst leistungsfähiges Braunkohlenelbe durchquert und einen viel stärkeren Durchgangsverkehr zu erwarten hat. Nach Mitteilung des Ministerialrates Sorac bringt die sächsische Regierung dem Plan das größte Interesse entgegen. Auch die thüringische Regierung dürfte nach Neuerungen Professor Kitzls den Plan unterstützen. Vor kurzem ist befristet auch ein Verein gegründet worden, der den Bau des Kanals betreuen will.

Gegen Minister Schwarz wurde in der Presse von der Schiffsführung der Sächsischen Mittelstandsbereinigung die Anschuldigung erhoben, dass er entgegen dem Wunsche und der Förderung der Sächsischen Mittelstandsbereinigung, des großen Dresdner Handwerkervereins und der Vereinigung gewerblicher Führer Sachsen es aus rein parteipolitischem Grunde abgelehnt habe eine von diesen vorstehenden Personen abgelenkt. Der Sachsenminister ist bestrebt, die Bauarbeiten wieder aufzunehmen.

Zwischen dem sächsischen Elbe-Ober-Sanal und dem Wasserweg der Sächsischen Mittelstandsbereinigung besteht kein direkter Verbindung, da der Wasserweg der Sächsischen Mittelstandsbereinigung die Südmittelstandsbereinigung und damit die sächsischen Gewerbeverbände verbindet. Der Wasserweg der Sächsischen Mittelstandsbereinigung ist eine wichtige Verbindung zwischen dem Wasserweg der Sächsischen Mittelstandsbereinigung und dem Wasserweg der Sächsischen Gewerbeverbände. Der Wasserweg der Sächsischen Gewerbeverbände ist eine wichtige Verbindung zwischen dem Wasserweg der Sächsischen Gewerbeverbände und dem Wasserweg der Sächsischen Mittelstandsbereinigung.

Am Mittwoch überreichte Baron Pastor, der Vertreter Österreichs beim heiligen Stuhl, in Privataudienz dem Vizek. den VIII. Paul seinem monumentalen Gedicht "Der Vater", welches Benedikt XV. annehmen will. Sein Heiligkeit dankte ihm für das Gedicht und schrieb ihm eine handschriftliche Karte mit seinen besten Wünschen und bestätigte ihm die hohe Anerkennung seines Werkes. Das Motto dieses Gedichts ist: "Ubi Poteris, ibi Ecclesia, ubi nulla mors, sed vita astora", bedeutet es als sehr schön geschrieben. Mit besonderem Interesse erkundigte sich der Vater nach dem Poetisch, der durch den Poet. unterbrochenen Arbeit, und erklärte, dass er sehr schön geschrieben. Mit besonderem Interesse erkundigte sich der Vater nach dem Poetisch, der durch den Poet. unterbrochenen Arbeit, und erklärte, dass er sehr schön geschrieben.

Am Mittwoch überreichte Baron Pastor, der Vertreter Österreichs beim heiligen Stuhl, in Privataudienz dem Vizek. den VIII. Paul seinem monumentalen Gedicht "Der Vater", welches Benedikt XV. annehmen will. Sein Heiligkeit dankte ihm für das Gedicht und schrieb ihm eine handschriftliche Karte mit seinen besten Wünschen und bestätigte ihm die hohe Anerkennung seines Werkes. Das Motto dieses Gedichts ist: "Ubi Poteris, ibi Ecclesia, ubi nulla mors, sed vita astora", bedeutet es als sehr schön geschrieben. Mit besonderem Interesse erkundigte sich der Vater nach dem Poetisch, der durch den Poet. unterbrochenen Arbeit, und erklärte, dass er sehr schön geschrieben.

Am Mittwoch überreichte Baron Pastor, der Vertreter Österreichs beim heiligen Stuhl, in Privataudienz dem Vizek. den VIII. Paul seinem monumentalen Gedicht "Der Vater", welches Benedikt XV. annehmen will. Sein Heiligkeit dankte ihm für das Gedicht und schrieb ihm eine handschriftliche Karte mit seinen besten Wünschen und bestätigte ihm die hohe Anerkennung seines Werkes. Das Motto dieses Gedichts ist: "Ubi Poteris, ibi Ecclesia, ubi nulla mors, sed vita astora", bedeutet es als sehr schön geschrieben.

Am Mittwoch überreichte Baron Pastor, der Vertreter Österreichs beim heiligen Stuhl, in Privataudienz dem Vizek. den VIII. Paul seinem monumentalen Gedicht "Der Vater", welches Benedikt XV. annehmen will. Sein Heiligkeit dankte ihm für das Gedicht und schrieb ihm eine handschriftliche Karte mit seinen besten Wünschen und bestätigte ihm die hohe Anerkennung seines Werkes. Das Motto dieses Gedichts ist: "Ubi Poteris, ibi Ecclesia, ubi nulla mors, sed vita astora", bedeutet es als sehr schön geschrieben.

Am Mittwoch überreichte Baron Pastor, der Vertreter Österreichs beim heiligen Stuhl, in Privataudienz dem Vizek. den VIII. Paul seinem monumentalen Gedicht "Der Vater", welches Benedikt XV. annehmen will. Sein Heiligkeit dankte ihm für das Gedicht und schrieb ihm eine handschriftliche Karte mit seinen besten Wünschen und bestätigte ihm die hohe Anerkennung seines Werkes. Das Motto dieses Gedichts ist: "Ubi Poteris, ibi Ecclesia, ubi nulla mors, sed vita astora", bedeutet es als sehr schön geschrieben.

Am Mittwoch überreichte Baron Pastor, der Vertreter Österreichs beim heiligen Stuhl, in Privataudienz dem Vizek. den VIII. Paul seinem monumentalen Gedicht "Der Vater", welches Benedikt XV. annehmen will. Sein Heiligkeit dankte ihm für das Gedicht und schrieb ihm eine handschriftliche Karte mit seinen besten Wünschen und bestätigte ihm die hohe Anerkennung seines Werkes. Das Motto dieses Gedichts ist: "Ubi Poteris, ibi Ecclesia, ubi nulla mors, sed vita astora", bedeutet es als sehr schön geschrieben.

Am Mittwoch überreichte Baron Pastor, der Vertreter Österreichs beim heiligen Stuhl, in Privataudienz dem Vizek. den VIII. Paul seinem monumentalen Gedicht "Der Vater", welches Benedikt XV. annehmen will. Sein Heiligkeit dankte ihm für das Gedicht und schrieb ihm eine handschriftliche Karte mit seinen besten Wünschen und bestätigte ihm die hohe Anerkennung seines Werkes. Das Motto dieses Gedichts ist: "Ubi Poteris, ibi Ecclesia, ubi nulla mors, sed vita astora", bedeutet es als sehr schön geschrieben.

Am Mittwoch überreichte Baron Pastor, der Vertreter Österreichs beim heiligen Stuhl, in Privataudienz dem Vizek. den VIII. Paul seinem monumentalen Gedicht "Der Vater", welches Benedikt XV. annehmen will. Sein Heiligkeit dankte ihm für das Gedicht und schrieb ihm eine handschriftliche Karte mit seinen besten Wünschen und bestätigte ihm die hohe Anerkennung seines Werkes. Das Motto dieses Gedichts ist: "Ubi Poteris, ibi Ecclesia, ubi nulla mors, sed vita astora", bedeutet es als sehr schön geschrieben.

Am Mittwoch überreichte Baron Pastor, der Vertreter Österreichs beim heiligen Stuhl, in Privataudienz dem Vizek. den VIII. Paul seinem monumentalen Gedicht "Der Vater", welches Benedikt XV. annehmen will. Sein Heiligkeit dankte ihm für das Gedicht und schrieb ihm eine handschriftliche Karte mit seinen besten Wünschen und bestätigte ihm die hohe Anerkennung seines Werkes. Das Motto dieses Gedichts ist: "Ubi Poteris, ibi Ecclesia, ubi nulla mors, sed vita

Beschuldigten Richter, der der Schriftleiter eben der Volljährigkeit ist, von der die Beschuldigung ausgeht. (1) Die Anschuldigungen selbst beruhen auf der gesuchten Wiedergabe eines Schreibens des Ministers. Dieser hatte geschrieben: Bei aller Toleranz, die ich politisch Überzeugenden entgegenbringe, kann von mir nicht erwartet werden, daß ich Personen begünstige, die in so abstracter Weise über „Sozialdemokratische Regierungen“ herfallen, wie es Herr Richter getan hat. Aus der Absehung der persönlichen Begünstigung eines Jüngers nach dem oben mitgeteilten nicht einwandfreien Mannes, der sich durch besonders gehässige gegenreiche Reden bemerkbar gemacht hatte, wurde durch Missbildung der Briefstelle der Anschein erweckt, als wenn der Minister grundsätzlich die Auffassung eines Gegners der Sozialdemokratie abgelehnt habe. Die teilweise Art dieser Angiffe ist um so bedauerlicher, als das Wirtschaftsministerium die gute Zusammenarbeit mit den Selbstverwaltungsgremien des Handwerks nicht nur anerkannt hat, sondern auch die den Interessen des Handwerks dienende „Gemeinschaft“, welche die Nachrichten der Mittelstandsbereinigung enthält, durch geldliche Unterstützung bisher gefördert hat.

— Die Reichsgetreidestelle hat als äußersten Termin, bis zu dem Brotpreise und Getreide aufzuheben sind, den 28. Februar 1921 bestimmt. Unmittelbar im Anschluß an den Abschluß und ebenfalls spätestens bis zum 28. Februar ist das Getreide, soweit es nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht zurückbehalten werden darf, abzuliefern. Nur in ganz besonders begründeten einzelnen Ausnahmefällen, wenn Ausdruck und Ablieferung auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen, kann eine kurze Verlängerung der Frist zugeschafft werden. Schuldhafte Verjährungs-der Frist ist mit zusätzlichen Strafen bedroht.

— Die Verordnung über Errichtung eines Sächs. Eisenbahnuerrates hat unter 21. Januar 1921 wegen des Nebenganges der Eisenbahnen an das Reich einige Änderungen erfahren, aus denen das Wichtigste hervorgehoben sei. Der Eisenbahnrat besteht nun aus 10 Vertretern der Arbeitgeber aus Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, von denen 4 von den sächsischen Handelskammern, 4 vom Handelskurator für den Freistaat Sachsen, 1 vom Submissionsamt für den Freistaat Sachsen und 1 gemeinschaftlich von den sächsischen Gewerbeämtern abgesondert werden, ferner aus 10 gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeitern und Angehörigen, die vom Arbeitsministerium ernannt werden, sowie 9 vom Reichsverkehrsministerium ernannten Mitgliedern. Für jedes Mitglied wird ein Stellvertreter gewählt oder ernannt. Das Ministerium des Innern, das Wirtschaftsministerium und das Arbeitsministerium können Kommissare in die Sitzungen des Eisenbahnuerrates entsenden. Der Eisenbahnrat bestellt für die Erledigung dringender Angelegenheiten, sowie zur Vorberatung seiner Beratungen aus seiner Mitte einen ständigen Ausschuß von 9 Mitgliedern. Die übrigen Änderungen der Verordnung sind lediglich redaktioneller Natur.

Aus Dresden

Zur Kundgebung der bürgerlichen Parteien gegen das Pariser Diktat

Wie wir bereits gestern mitteilten, hat ein heutiges Blatt (nämlich die „Dresdner Nachrichten“) ein Schreiben der Deutschen Nationalpartei an den Generalsekretär der Deutschen Volkspartei wegen Nichtberichtigung der Deutschen Nationalpartei an der Kundgebung veröffentlicht. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Da wir nach den getroffenen Vereinbarungen von unserer Partei gestellte Reden von den anderen Parteien zum Teil in schriftlicher Form zurückgewiesen worden ist, trocken doch bei dieser nationalen Kundgebung die Verfeindung vollkommen belanglos sein sollte, sind wir zu unserem Bedauern nicht in der Lage, uns an der geplanten Kundgebung zu beteiligen. Wie unsere Freunde höchstlich sich zu den unerhörten und unmenschlichen Forderungen des Feindbundes

stellt, ist ja hinlänglich bekannt. Die für die Versammlung vorbereitete Entschließung findet natürlich auch unsere Zustimmung.“

Aus naheliegenden Gründen beschränken wir uns darauf, zur Orientierung unserer Leser dieses Schreiben ebenfalls wiedergeben. Wir wollen nur dazu bemerken, daß es sich bei der Person um Herrn Dr. Max Maurenreicher, zurzeit Chefredakteur der „Deutschen Zeitung“ in Berlin, gehandelt hat.

— * Die Einverleibungsabstimmung. Besonders hat man in den Gemeinden Borsigwerk, Döbeln und Weißer Hirsch, deren Einverleibung beschlossen worden ist, nachträglich eine Abstimmung über die Frage veranstaltet. Wie uns darüber mitgeteilt wird, stimmten in Borsigwerk von 6512 Wahlberechtigten (Wahlberechtigten) 2897 gegen und 282 für die Einverleibung; in Döbeln von 5282 Wahlern 2899 dagegen und 148 dafür; in Weißer Hirsch von 1488 Wahlern 725 dagegen und 40 dafür. Danach hat sich wieder in Borsigwerk noch in Weißer Hirsch die Hälfte der Wahlberechtigten gegen die Einverleibung erhoben. Wie uns der Wahlberechtigte gegen die Einverleibung erklärt, wie uns aus Döbeln mitgeteilt wird, konnte die Abstimmung kaum eine gehörige genannt werden, da offene Stellte ohne Briefhülle abgegeben werden müssten.

— * Der Reichsverband weiblicher Hausangestellten Deutschlands hält Donnerstag, den 10. Februar 1921, im Rathaus, Dresden-N., Baugasse 28, eine öffentliche Versammlung ab, zu der er alle Dresden Hausangestellten einlädt. Die Versammlung soll pünktlich 1/2 Uhr abends beginnen. Sie steht unter dem Thema: „Unsere neue Lohnabwendung.“

— * Dem Verein der Klein- und Mittelrentner hat der Rat zu Dresden mitgeteilt, daß er in der Lage ist, eine Anzahl blauer, dreiteiliger Konfirmationsanzüge an bedürftige Familien abzugeben. Der Preis steht sich für den Anzug auf 250 M. in geringerer und auf 350 M. in besserer Ausführung. Anmeldungen sind bis 10. d. M. täglich von 10 bis 3 Uhr im Gewerbeamt N., Neues Rathaus, 2. Stock, Nummer Nr. 300, abzugeben, wo auch die Anzüge angepaßt werden können.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

— Dresden. Der Ortsverband der katholischen Vereine Dresdens hält seine diesjährige Generalversammlung am Donnerstag den 24. Februar, abends Punkt 8 Uhr, im Grünen Zimmer des katholischen Gefallenbaus ab. Näheres wird durch Anserat noch bekanntgegeben. Die Vorstände der katholischen Vereine werden aber heute schon gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß sie bei der Generalversammlung vollzählig vertreten sind.

— Dresden. Kath. Bürgerverein. Herr Apotheker Tränker, Mitglied des Vereins, wird am Mittwoch, den 9. Februar sprechen über „alterer Elte“. Die verehrte Mitglieder werden gebeten, an diesem interessanten und lehrreichen Abende vollständig zu erscheinen. Gleichzeitig sei darauf hingewiesen, daß die Generalversammlung am Mittwoch, den 28. Februar, abends 1/2 Uhr stattfindet, zu der Anträge bis zum 20. Februar, erbeten werden an den Vorsitzenden, Herrn O. Tholozow 31/2, Nordstraße 30, II.

— Dresden-Johannstadt. Der lath. Arbeiterverein hält am 18. Februar 1921 in seinem Vereinslokal, Restaurant Bischang, Dörrplatz, Ecke Holzmarkt, seine diesjährige Generalversammlung ab. Da wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen.

— Dresden. Sonntag den 20. Januar fand im Vereinshaus „Saxonia“ eine ziemlich gut besuchte Versammlung des Volksvereins statt. Herr Hochschulsoziologe Seier aus Leipzig behandelte in klaren Ausführungen die Rot-Deutschlands, ging auf deren Ursachen ein und legte dar, daß gerade der lutherische Volksstiel infolge der in ihm ruhenden besonderen lutherischen Kräfte am Wiederaufbau des Vaterlandes mitzuholzen in

der Lage sei. Die lutherische Kirche sei von jeher das Glück des Staates, da sie, vor allem auch durch die gleichgeschwistere Weihen, in ganz herausragendem Maße dazu beiträgt, das Leben zu schönen und neuen Leben zu entfalten. Um aber die christliche Aussicht in das Volk einzutragen zu können, sei die heilige umstrittene konfessionelle Schule das beste Mittel. Deshalb müssen die Katholiken alles einsehen und auch Opfer bringen, um der Bekennnisschule zum Siege zu verhelfen und sich dadurch gleichzeitig als treue Kinder der Kirche zu erweisen und zum Wohl des Vaterlandes mitzuwirken. Reicher Beifall lohnte den Redner, der den Besuchern in vielen Punkten aus dem Herzen gesprochen zu haben schien. — Im Anschluß an die Volksvereinsversammlung wurden Schulfragen beraten. — Am nächsten große Versammlung findet am 17. Februar, abends 8 Uhr, im „Deutschen Haus“ statt, worauf bereits heute aufmerksam gemacht wird.

Parteinachrichten

Leipzig. Die Ortsgruppe Leipzig der S.A. Rentzsch-Vorstand lädt für Montag, den 14. Februar, abends 1/2 Uhr zu einer Mitgliederversammlung im „Burgfeller“, Ratsmarkt, ein. Als Redner werden die Herren Justizrat Dr. Schröder und S. Schatz und Landtagsabgeordneter H. Kleine in Dresden sprechen. Die Versammlung verspricht demnach einen sehr bedeutenden Verlauf zu nehmen. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist dringend erwünscht.

Kirchliches

— Rom. Der Papst hat Monsignore Sonsompagni zum Bischofsmittler der römischen Kirche ernannt.

Berantwortlich: Für den redaktionellen Teil: Friedrich Rosing für den Inserenten: Peter Schröder. — Druck und Verlag bei „Saxonia-Buchdrucker“ G. m. b. H. zu Dresden.

Dresdner Kurse vom 8. Febr. 1921

Ohne Gewähr.

Mitgeteilt vom Chomitzer Bank-Verein, Dresden, Prager Straße

Deutsche Staatspapiere		Brauerei-Aktionen	
8	Röhranleihe	66,25G	8 Jürgens
8 1/2	do.	64,00G	Erste Kulmbacher
4	do.	67,00G	8 Petz-Brau
5	do.	77,75G	
	Sparprämienanleihe	84,00G	
8	Staats. Rente	57,25G	
	Stadt-Anteile, Pfand- und Hypotheken-Briefe		Bank-Aktionen
3 1/2	Dresdner von 1876	92,00G	9 Ades-Aktion
4	do.	1900/08/28, 875G	9 Chmn. Bank-Versin
4	do.	1918/1/15, 78,875G	10 Commerz u. Priv.
4	Chemnitzer v. 1908	72,50G	12 Deutsche Bank
3	Lausitzer Pfandbr.	92,25G	12 Dresdner Bank
8 1/2	do.	90,25G	71/2 Lübauer Bank
8 1/2	do.	104,00G	21/2 Sachsenbank
			Verschiedene Industrie-Aktionen
10	Zimmermann	273,75B	15 Chromo Altenburg
24	H. & A. Reicher	324,50B	16 Krause u. Baumann
40	Faradit	—	18 Ermann
20	Germania	370,00G	19 Hartmann
16	Großen. Webstuhl	466,00G	20 Hasseröder Papier
20	Lauchhammer	592,00G	20 Ver. Bautzner P.-F.
40	Sachs. Gußstahl	904,75G	204,50G
18	Hartmann	801,50G	Weissenborner P.-P.
15	Sondermann & Söhne	214,00G	495,00G
14			

Deutsche Frauen, helft Oberfließen retten!
Für die Zeit der Abstimmung müssen Kinder von Oberfließen nach anderen deutschen Provinzen gebracht werden, um Platz zu schaffen für die Abstimmungsberechtigten. Helft uns die Kinder unterbringen.
Anmeldung nimmt die Geschäftsstelle der Vereinigten Verbände Heimatfreier Oberschlesier, Dresden, Streicherstraße 58, entgegen.

Schwarze Stoffe zu Papier- und Photo-Aktien
Smokings, Gehröcken, Abhörocken.
Nur gut ausgewählte Qualitäten sind eingetroffen.
Außerst billige Preise. — Prompte Bedienung.

Joh. Gojowy, Schneidermeister,
Dresden-Alstadt — Reinhardstraße 7, II.

Restaurant Amalienstraße
Dresden, Amalienstraße 24
Bekannt durch gute österreichische Küche
Pilsner Urquell — Münchner Speisen

Inhaber: Adam Mayer, früher Hotel Stadt Rom.

Amtliche Bekanntmachungen

Butter-Verteilung

Freitag, den 11. und Sonnabend den 12. Februar 1921
aus Landesfettlade der Stadt Dresden „Februar 5“

100 g Butter.

Preis 28,40 M. für ein Pfund = 5,70 M. für 100 g.
Dresden, am 7. Februar 1921. — Der Rat zu Dresden.

Kerzenverteilung

§ 1. Abschnitt 12 der gelben Haushaltungsliste B einer Kerze für 1,40 M. oder eine 8er Kerze für 1,80 M.

§ 2. Die Abschnitte sind in einem Kleinhändlersgeschäft am 8. oder 9. Februar 1921 anzumelden und vom Geschäftshändler am 10. oder 11. Februar 1921 bei der Firma Evert & Co., G. m. b. H., hier, Hamberger Straße 44, einzureichen. Nach meldungen sind ausgeschlossen.

§ 3. Die Lieferung der Kerzen an die Kleinhändler erfolgt sofort bei der Abgabe der Abschnitte oder frei Haus des Kleinhändlers nach und nach durch die Firma Evert & Co.

Die Kleinhändler haben in ihrem Geschäftsräume durch einen von außen deutlich sichtbaren Anschlag ihren Kunden den Eingang der Firma Evert & Co. bekanntzugeben.

§ 4. Zum Verhandlungswesen nach der Bundesbesatzungsordnung vom 25. September 1918 befreit.

Dresden, am 7. Februar 1921. — Der Rat zu Dresden.

Ortsgruppe Dresden der Sächs. Zentrumspartei.

Die diesjährige Generalversammlung

der Ortsgruppe Dresden findet am Freitag, den 11. Februar 1921 abends halb 8 Uhr im großen Saale des katholischen Gesellenhauses, Käffnerstraße 4, statt.

Tagesordnung:

1. Jahresberichte
2. Kassenbericht
3. Vorstandswahl
4. Vertreterwahl für den Parteitag
5. Aufbau der Parteiorganisation
- Referent: Der Landesvorstand Herr Rechtsanwalt Dr. Hille.
6. Verschiedenes

Sämtliche Mitglieder der Ortsgruppe werden dringend gebeten an der Generalversammlung teilzunehmen.

Der Vorstand.

St. Josephs-Kranken- und Sterbekasse (Zuschuflkasse) Dresden.

Montag den 7. März 1921 abends 1/2 Uhr
im katholischen Gesellenhaus, Käffnerstraße 4

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Kassenbericht. 2. Neuwahlen. 3. Verschiedenes.

Vollständiges Erscheinen der Mitglieder dringend erwünscht.
Der Vorstand.

Unsere Wohnung

ruft die Hausfrau dem Gatten neckisch ins Ohr,
ist diesen Winter wieder **mollig und warm**!

Sie bestellte, wie üblich, schmunzelvergnügt

Brenn-Holz, Torf und Zwickauer Steinkohlen-Schlamm
durch **Fernruf 18807** im Spezialgeschäft

Hermann Hempel, Kohlehandlung, Dresden, Zwickauer Straße 5

Kath. Bürgerverein Dresden.

Mittwoch den 9. Februar, abends 8 Uhr im Kath. Gesellenhaus, Käffnerstraße.

Vortrags-Abend

Redner Herr Apotheker Tränker

„Allerlei Gitterarten“.

Zahlreiches Erscheinen erhofft

Der Vorstand.

Kath. Arbeiterverein St. Joseph

Dresden-Johannstadt.

Sonntag den 13. Februar